

Rassismus



Den Mythos des guten Beamten haben einige BGS'ler am Wochenende wieder einmal brutalst demonstriert

Seite 2

Musik



RadioBonteKoe gelang es erneut, mit Amparanoia eine hochkarätige Ska-Latino Band nach Bochum zu holen

Seite 3

Politik



Mit Johannes Agnoli verstarb am 4. Mai ein linker Theoretiker, der bei allem Ernst der Sache noch Ironie besaß

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



13. Bochumer Videofestival beginnt am 15. Mai Mehr als weißes Rauschen

Ab Donnerstag öffnen sich die Türen des Musischen Zentrums zum 13. Mal für das Internationale Bochumer Videofestival. Bis zum Sonntag steht hier Video im Mittelpunkt des Geschehen, ob im Wettbewerb, beim VJ-Contest, dem Videobrunch, dem Bochumer Programm oder dem neuen Dokumentarvideo-Programm.

Als vor dreizehn Jahren das Videofestival als gemeinsame Initiative des Fachschaftsartest TFFW und dem AStA begann, konnte noch niemand die Erfolgsstory ahnen, die danach begann. Inzwischen schauen mehrere Tausend ZuschauerInnen auf dem Festival vorbei und in diesem Jahr gibt es besonders umfangreiches Programm.

Schwerpunkt des Festivals ist nach wie vor der Internationale Wettbewerb, in dem 47 Videomacher aus aller Welt ihre Filme dem Publikum und einer

fünfköpfigen internationalen Jury präsentieren. Nach jedem Programmblock besteht die Möglichkeit zur Diskussion mit den anwesenden VideomacherInnen.

Tanzende Bilder

Einen zweiten Wettbewerb gibt es seit dem letzten Jahr: den VJ-Contest. Dieser wurde erfolgreich und unter großer medialer Beachtung erstmalig durchgeführt. VJs arbeiten vorwiegend in Diskotheken und visualisieren live die Club-sounds der DJs. In diesem Bereich hat sich in den letzten Jahren eine innovative Szene herausgebildet. So präsentieren auch dieses Jahr wieder internationale VJ-Teams aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien ihr Können.

Bochum, ich komm aus dir

Beginnen hatte das Festival vor allem als Präsentationsfläche für studentische Videos aus Bochum – mit der Zeit hatte sich das Festival aber immer weiter entwickelt, dass Bochumer Studierende und ihre Videos kaum noch Platz im Wettbewerbsprogramm fanden. Daher gibt es in diesem Jahr einen vom Wettbewerb unabhängigen

Bochumer Programm.

Legendar ist inzwischen auch das Video-Brunch, bei dem man bei leckerem Frühstück einen Blick auf Videokunst in anderen Ländern werfen kann. Am Samstag, den 17. Mai zeigt das diesjährige Gastfestival, Videoformes aus Clermont-Ferrand, Frankreich, beim Videobrunch im Festivalcafé eine Programmauswahl der letzten Jahre.

Zwei Parties (am 15. Mai im KulturCafé und am 17. Mai in der Bastion) sowie zahlreiche Video- und CD-ROM-Installationen und eine Auswahl der Video Edition Austria (Medienwerkstatt Wien) runden das Programm ab.

Dokumentier mich!

Bei den vergangenen Videofestivals lag der Schwerpunkt klar bei den Experimentalvideos – in diesem Jahr wird mit einem eigenen Dokumentarvideo-Programm wieder mehr Gewicht auf die inhaltlichen Aspekte gelegt. Was nun nicht heißt, dass

es im Wettbewerbsprogramm nur schön anzuschauende Kunstvideos ohne Inhalt gezeigt werden. Auch im Wettbewerbsprogramm gibt es einige Videos, die spannend werden können.

So der halbstündige Film *publiXtheatrearavan.mov*, der die Aktionen des VolkTheaterKaravane unter dem Motto „noborder - nonation“ zeigt. Diese Gruppe wurde nach den tödlichen Protesten in Genua unter dem Verdacht, dem „Black Block“ anzugehören verhaftet. Ebenfalls das Thema EU-Grenze wird im Video *limes: bio-border/park/spektakel* thematisiert. Die österreichisch-ungarische Grenze bildet noch die Grenze der „Festung Europas“ und liegt mitten in einem Nationalpark. Die Idylle der „freien Natur“ wird im Video dekonstruiert – Sound und Text stellen den stereotypischen Bildtypus in den Kontext der politischen Realität.

In Familie Krassnick wird unter dem Motto „Manchmal ist es besser, ein neues Kind zu adoptieren, als dem alten ein Studium zu finanzieren“ die Probleme rund um Studiengebühren aufgegriffen.

Das Bochumer Videofestival wird auch in seinem dreizehnten Jahr wieder ein spannendes Ereignis werden, und wenn der Fokus bisher zu sehr auf Experimentalvideos lag oder wer die Bochumer Beiträge vermisst hat, wird in diesem Jahr mehr Freude haben.

hai

13. Internationales Bochumer Videofestival
Beginn: 15. Mai 2003, 17 Uhr.
Musisches Zentrum,
komplettes Programm unter
www.videofestival.org

Capitalised Ecology

Alles wird nachhaltiger?!

Was ist heutzutage denn nicht nachhaltig? Der Begriff „nachhaltig“ scheint mittlerweile zur Worthülse verkommen zu sein. In den achtzigern Jahren war das Scheitern überkommener Entwicklungsvorstellungen wie auch die sich zuspitzende ökologische Krise offenkundig geworden. Mit der Veröffentlichung des sogenannten Brundtland-Reports setzte sich im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs ein neues Stichwort durch, welches fortan richtungsweisend sein sollte: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Bedürfnisse künftiger Generationen zu gefährden.“

Eine andere Begriffsdefinition bietet die Forstwirtschaft: Es kann nur soviel Holz geschlagen werden, wie nachwächst. Seit dem UNCED-Gipfel (United Nation conference on environment and development) 1992 in Rio de Janeiro wurde der Begriff zum Leitbild, dem institutionelle und gesellschaftliche Reformen folgen sollten.

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wurde allerdings im Laufe der Jahre missbraucht, da sich in den meisten unserer Köpfe festgesetzt hatte, dass „nachhaltige Entwicklung“ etwas

ganz Tolles hinsichtlich sozialer und ökologischer Fragestellungen ist. Schon bei der Begriffsentstehung wurde schlichtweg nicht genau definiert, was denn die Bedürfnisse einer Generation sind, bzw. ob alle Menschen auf der Welt die gleichen Bedürfnisse haben dürfen.

Wie wir?

Es kann sich sicherlich jeder und jede vorstellen, wie die Welt aussehen würde, wenn zwei Milliarden ChinesInnen und InderInnen auch einen PKW hätten wie wir, soviel Wasser verbrauchten wie wir, soviel Müll produzieren wie wir und sonst genauso viele Ressourcen verbrauchten, wie wir es in den „reichen Ländern“ machen.

Aber da Nachhaltigkeit noch immer für viele so ein schönes Wort ist, wird es auch von allen benutzt. Schön klingt auch die Verbindung der Ökonomie mit dem Begriff Nachhaltigkeit. An der „Privat“-Universität Witten-Herdecke gibt es bereits einen ganzen Lehrstuhl des Deutschen Kompetenzzentrums für Nachhaltiges Wirtschaften. Hier lernen Studierende nicht mehr nur, wie man kurzfristig Gewinne maximiert und ausbeutet, sondern wie man dies nachhaltig tut.

Viele Schlagworte, wenig Inhalt?

Auch die Kombination „nachhaltige Globalisierung“ erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Hier zeigt sich, dass die angenehmen Elemente des Nachhaltigkeitsprinzips von unseren Regierungen und den Unternehmen gerne aufgegriffen werden, wie z.B. nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum, was sich an sich schon widerspricht.

Das mit dem Schlagwort auch mal ökologisch verantwortliches Handeln aber auch gerade soziale Gerechtigkeit gemeint war, wird schlichtweg vergessen, denn damit lässt sich in einer kapitalistischen Welt kein Geld verdienen. So scheint der Begriff Nachhaltigkeit nun eher zu der Frage zu verkommen, wie die derzeitige Ausbeutung der Armen, und die natürlichen Ressourcen nachhaltig bleiben, damit die Reichen in den reichen Gesellschaften auch länger was davon haben.

Markus Brüne
(AStA-Referent für Ökologie)

:bochum in kürze

Sportlich, sportlich

Neben den Cheerleadern, die man bei Heimspielen des VfL ansehen kann, gibt es mittlerweile in Bochum eine weitere Cheerleading-Gruppe, die ihr Können seit neustem auf Bochumer Demonstrationen zeigt. Wurden die einen im Ruhrstadion noch ausgebuht, waren die anderen die Attraktion der Demo. Mutet ein bißchen nach verkehrter Welt an, vor allem, wenn man bedenkt, dass der VfL den „Pausenspaß“ auf Drängen der Fans mittlerweile wieder eingestellt hat.

Von den „Radical Cheerleaders“ wird man jedoch bestimmt noch länger hören, da es in Bochum leider immer wieder traurige Anlässe für lustige Demos gibt.

Ehrlich fährt am längsten?

Das kann man wohl sagen und frau stimmt ergrimmt zu. Das von der Bogestra neuerdings verlangte Vorzeigen der Fahrausweise beim Einstieg in die Busse verlängert nämlich regelmäßig die zum Einstieg benötigte Zeit.

Daraus folgt, dass die Busse Verspätung haben. Und das man wie frau ihre Anschlüsse verpassen, z.B. die U-Bahn. Und die daran anschließende Regionalbahn. Da kommt schnell schon mal eine Stunde Verspätung zusammen. Aber immerhin: Kürzlich konnte jemand beobachtet werden, der wirklich nicht einfach nur seinen Fahrausweis vorzeigte, sondern eine Einzelfahrt löste. Macht einen oder zwei Euro für die Bogestra und eine Stunde Verspätung für jemand anderen im Bus. Na dankeschön. Was würden die KundInnen eines Kaufhauses wohl sagen, wenn sie durch die Bank ein Verlassen eines Kaufhauses ihre Taschen entleeren müssten? Sie würden sich wohl vehement gegen die Verdächtigung des Ladendiebstahls verwahren. Die KundInnen der Bogestra-Busse belassen es zumeist dabei, genervt aus der Wäsche zu gucken.

Widerstand gegen soziale Demontage kommt auf Touren

Die brutalsten und folgenreichsten Angriffe auf die Reste des „Sozialstaats“, die je eine Nachkriegsregierung in Angriff genommen hat, bewirken allmählich den verdienten Widerstand. So ist die derzeitige Gewerkschafts-Front gegen das „rot“-grüne Berliner Regime und sein soziales Verelendungsprogramm schon ein großer Schritt für die meist SPD-geführten Gewerkschaftsspitzen.

Für den kommenden Samstag, den 17. Mai, hat die Gewerkschaft ver.di zu einer zentralen Protestdemonstration in Berlin aufgerufen. Wenn auch der Eindruck nicht abwegig war, dass ver.di an manchen Orten (so auch tendenziell in Bochum) am liebsten gar nicht zu der Demo mobilisiert hätte, so gibt es z.B. in der Nachbarstadt Herne eine richtige ver.di-Protestbewegung. Dort hat am 12. Mai nicht nur eine Kundgebung stattgefunden, sondern auch eine landesweite Betriebs- und Personalräte-Konferenz mit eindeutigen Widerstandscharakter. Dazu schreibt der ver.di Bezirk Herne: „Weiterer Sozialabbau und die Beschneidung von Arbeitnehmerrechten werden den Menschen als Reform verkauft. So soll beispielsweise durch die faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die Absenkung des Spitzensteuersatzes für Wohlhabende gegenfinanziert werden. Angeblich schaffen geringere Löhne mehr Arbeitsplätze. Wenn dies zuträfe, hätten wir in Ostdeutschland ... Vollbeschäftigung...“.

Eine Woche nach der Berlin-Demo, am 24. Mai, rufen DGB, IG Metall und ver.di zu einem dezentralen Aktionstag auf: Bis 11 Uhr wird auch in Bochum demonstriert und IGM-Chef Zwickel spricht anschließend auf der Kundgebung auf dem Dr. Ruer-Platz.

Die Ruhrgebiets-AG „Soziale Grundrechte“, die befürchtet, dass dort letztlich doch wieder Rücksicht auf Rot-Grün genommen wird, hat in ihrem letzten Flugblatt aufgefördert: „Keine Kompromisse und keine Zugeständnisse gegenüber den Schröder-Clement-Plänen! Die ganze Richtung passt uns nicht!... Wir haben den Traum von „anders arbeiten“ noch lange nicht aufgegeben! Eine bessere Welt ist möglich!“

Herr Yilmaz und seine FreundInnen

Auch wenn nicht zu vermuten ist, dass Messut Yilmaz ob des Protests gegen seine Gastprofessur Baldrian braucht, wird ihn die Unterstützung, die er jetzt bekommen hat, zumindest freuen. In der letzten Woche wurde auf dem Campus ein Flugblatt der Gruppe TABoSZ (Türkische Akademiker zu Bochum Studentischer Zweig) gesichtet. Da hieß es etwa: „Bedauerlicherweise versuchen jedoch einige Gruppen gezielt, diese Veranstaltungen durch negative Propaganda zu sabotieren. Die Gastprofessur wird leider ausgenutzt und in ein falsches Licht gerückt, um Probleme, die konkret nichts mit Mesut Yilmaz oder seiner Veranstaltungsreihe zu tun haben, in den Vordergrund zu rücken. Darüber hinaus ist es erschreckend, dass dieses noch Duldung und Unterstützung findet.“ Damit diese Flugblatt wenigstens nicht ganz seine Existenzberechtigung verliert, rufen wir an dieser Stelle zu gewaltigen Protesten gegen Mesut Yilmaz auf, nur um diese gleich wieder zurück zu nehmen. Anscheinend wollen einige nicht bergreifen, worum es bei diesen Protesten eigentlich geht. Wer mehr über Yilmaz und die Aktionen gegen die Gastprofessur erfahren möchte, kann einiges unter www.bo-alternativ.de/mfh/kampagne/yilmaz.html nachlesen.

RUB-Student berichtet von Misshandlung Rassistischer Übergiff durch BGS-Beamte

Wenn der Bundesgrenzschutz (BGS) an Grenzen, Flughäfen und Bahnhöfen nach illegal eingereisten AusländerInnen sucht, wendet er dabei rassistische Kriterien an. Darunter zu leiden hat jedeR, der oder die in das Raster der Beamten fällt und „ausländisch“ aussieht. Und so werden nach letzten Endes willkürlichen Entscheidungen der BeamtenInnen auch Menschen mit legalem Aufenthaltsstatus und schwarze Deutsche Opfer von Schikanen. In der Nacht von dem 4. auf den 5. Mai kam es auf dem Oberhausener Bahnhof bei einer Personenkontrolle zu einem rassistischen Übergiff von Beamten des BGS gegenüber einem Mathematikstudenten der Bochumer Ruhr-Universität. Der Student hat sich auf Grund dieser Ereignisse an den AstA der Ruhr-Uni gewandt.

Es war ein Sonntag Abend, als Jean-Luc (Name von der Redaktion geändert), schwarzer Student an der Ruhr-Uni, spät Abends am Oberhausener Hauptbahnhof auf den Zug nach Herne wartete. Dabei fielen ihm einige BGS-Beamte auf, die in unfreundlichem, rüden Ton einige Jugendliche mit Migrationshintergrund kontrollierten, einen jungen, „arisch“ aussehenden Mann jedoch unbehelligt ließen. Als die BGSler dann Jean-Luc kontrollierten, stellte dieser ihnen die berechnete Frage, weshalb sie an dem weißen Mann vorbeigegangen seien und direkt zu ihm gekommen seien. Darauf antworteten diese „Wir kontrollieren Ausländer. Die Ausländer reisen illegal, die sind kriminell.“ Auf den Hinweis, sie wüssten doch gar nicht, ob der Mann Ausländer sei oder nicht, wiederholten die BGSler nur ihre Aussage und fügten noch hinzu, sie wüssten schon, wer Ausländer sei und wer nicht. Dann gingen sie an, ihn zu beschimpfen („Du sollst dein riesiges Maul zumachen!“) und

handgreiflich zu werden. Sie packten ihn von beiden Seiten unter den Armen und schleppten ihn gewaltsam zur BGS-Wache im Oberhausener Hauptbahnhof, obwohl Jean-Luc beteuerte, dass er einen Ausweis dabei habe und auch ohne Gewaltanwendung mit zur Wache komme. Die BGSler rissen ihn dennoch auf die Treppe, schlugen ihn mit Fäusten gegen Rumpf und Hals und zerrten ihn die Treppe hinunter. Dort legten sie ihm Handschellen an und rissen ihn mit zur Polizeiwache, während sie ihn fortwährend beschimpften.

Weitere Schikanen auf der Wache

Auf der Wache gingen die Übergriffe dann weiter. Nach einer Leibesvisitation und einem Alkoholtest, bei dem keine Spuren von Alkohol festgestellt wurden, musste sich Jean-Luc Beschimpfungen und Beleidigungen der übelsten Form anhören: „Die schwarzen Leute sind Affen, die sind Arschlöcher, die sind Nigger, die sind Betrüger, die sind kriminell“. Außerdem kämen die Ausländer nach Deutschland, weil es hier schön sei, und dann würden sie nur Scheiße machen, kriminell werden und alles wegnehmen. Als Jean-Luc fragte, was mit dieser Kriminalität gemeint sei, antwortete ihm ein Beamter: „Die Neger sind Betrüger, Drogenhändler, die arbeiten schwarz. Die Frauen sind Nuten.“

Es blieb allerdings längst nicht bei verbalen Beschimpfungen. So erhielt Jean-Luc von einem der Beamten, die ihn vom Bahnsteig in die Wache verschleppten, eine Ohrfeige. Der selbe Beamte legte einen ca. 40 cm langen Schlagstock auf die Theke und sagte: „Wenn du nicht dein riesiges Maul zu

machst, werde ich dich damit schlagen!“ Als Jean-Luc Handy klingelte, wurde es ihm weggerissen, auf den Boden geworfen und dagegen getreten; er dürfe nicht telefonieren, die Beamten seien „die Herren“. Ein Beamter, der sich als „Chef“ vorstellte, nahm das Handy in die Hand und bemerkte, Jean-Luc könne sich ein so teures Handy nicht leisten, er müsse schwarz arbeiten. Eben dieser Chef gab beim Betrachten von Jean-Lucs Kontoauszug folgenden Kommentar ab: „Er hat viel Geld, 900 Euro sind zuviel für ihn, er muss schwarz arbeiten!“ An Jean-Luc gewandt, fragte er: „Du hast ein kleines schwarzes Gehirn, wo hast Du das Geld her?“

Schließlich kam ein Beamter mit einem Hund des BGS herein. Der angeleinte und mit einem Maulkorb versehene Hund stürzte auf Jean-Luc los, der noch immer gefesselt auf einem Stuhl direkt neben dem Hundezwinger saß. Erst nachdem der Hund ihn angesprungen hatte, wurde dieser von dem Beamten, der die Leine in der Hand hielt, zurückgezogen. Der Hund werde „seinen Arsch fressen“, wenn er nicht sofort sein „riesiges Maul“ hielte. Daraufhin wurde der Hund in den Zwinger neben Jean-Lucs Stuhl gesperrt, später wurde die Tür des Zwingers jedoch wieder geöffnet, um Jean-Luc mit dem Hund zu drohen.

Jean-Luc sollte dann noch ein Protokoll unterschreiben, als er sich weigerte, sagte der „Chef“, man solle „diese Scheiße rausschmeißen“. Jean-Luc konnte die Wache dann verlassen, jedoch wurden einige seiner Unterlagen einbehalten. Es sollte noch angemerkt werden, dass das nicht das erste mal war, dass Jean-Luc so etwas passiert ist. Tatsächlich ist dies bereits seine dritte Erfahrung dieser Art.

AstA bezieht Stellung

Jean-Luc hat sich nach diesen Erlebnissen nun unter anderem an den Bochumer AstA gewandt, um die Ereignisse in der Öffentlichkeit publik zu machen. „Wir halten die Vorwürfe gegen den BGS für glaubhaft“, so Jan Reinecke AstA Vorsitzender der Ruhr-Universität Bochum. „Berichte über Übergriffe von Seiten des Bundesgrenzschutzes sind Bestandteil der Lebenswelt schwarzer Menschen in Deutschland. Wir werden unserer Aufgabe als studentische Interessenvertretung nachkommen und das Opfer in allen Belangen unterstützen.“, so Reinecke weiter. Der AstA der Ruhr-Universität kündigte an, die Öffentlichkeit weiterhin über das Verfahren zu informieren.

Spread that fucking wealth Obwohl Napstern langsam teuer wird

Den Lobbyverbänden der amerikanischen Plattenindustrie sind die Universitäten bzw. die modernen, technikbegeisterten StudentInnen dort schon länger ein Dorn im Auge. Die IT-Branche ist auf solche innovatorische Köpfe zwar angewiesen, sind sie es doch, die High-Tech entwickeln und konsumieren, der Content-Branche hingegen zerstören sie (angeblich) die Umsätze und Profite. Urheberrechtsverletzungen, illegale Downloads, schwarzgebrannte CDs, Filesharing; die teuflische, moderne Technik will noch nicht zurück in die sprichwörtliche Flasche. Bequemster Ausweg aus der selbstgeschauften Grube sind für die Content-Industrie

im Moment zivilrechtliche Forderungen an Einzelne und Schauprozesse; die „Szene“ und all die Millionen „normale“ UserInnen sollen verunsichert, verängstigt werden.

Die einheimischen Verwerter sind zwar in ähnlicher Lage und auch ähnlich dreist, aber glücklicherweise noch nicht so weit wie ihre Schwesterorganisationen in der schönen neuen Welt. Noch haben NutzerInnen „illegaler“ Downloadangebote hierzulande relativ wenig zu befürchten.

In den USA kam es nun zu einer ersten, spektakulären Anklage gegen vier Studenten, die auf

ihrem Campus ein Filesharing-Netz eingerichtet hatten, über das sie und ihre KommilitonInnen sowohl legale als auch illegale Dateien tauschten. Die vier wurden als Hauptverantwortliche von der RIAA, der Recording Industry Association of America, auf die höchstmögliche Schadenersatzsumme verklagt, die das amerikanische Recht (im Moment) vorsieht: 150.000 US-Dollar pro illegal getauschte Datei; ca. 60 Mrd. US-Dollar insgesamt. In Worten: vier Studis, sechzig Milliarden Dollar Forderungen.



Das ist sowohl Wahnsinn als auch Methode. Alle vier Angeklagten haben sich inzwischen außergerichtlich geeinigt, sie zahlen zwischen 12.500 und 17.500 US-Dollar in Raten.

Warum also der Unsinn mit den 60 Mrd.? Die RIAA braucht eine glaubhafte Drohung, quasi eine existenzgefährdende Keule, die sie in solchen Schauprozessen schwingen kann. Filesharing ist nun mal ein Massenphänomen, Millionen von Menschen „tun es“. Alle zu verklagen, ist nicht möglich, deshalb sucht die Industrie im Moment nach Einzelfällen, an denen sie Exempel statuieren kann. In Deutschland steht uns das noch bevor. Lange wird es aber wohl nicht mehr dauern. Mit der Novelle des Urheberrechtsgesetzes (siehe bsz Nr. 594) und der im Herbst anstehenden endgültigen Abschaffung des Rechts auf eine Privatkopie nähert sich die BRD internationalen Standards an: der erste Schauprozess kann kommen.

Konzert am 18. Mai im Bahnhof Langendreer Amparanoia

Amparanoia ist die Band von Amparo Sanchez, sie ist der Kopf der Band und macht Amparanoia durch ihre Stimme unverwechselbar. In Spanien und Frankreich gehören Amparanoia seit einigen Jahren zu den bekanntesten „Mestizo“-Bands, direkt nach Erscheinen des vierten Albums kommen Amparanoia nun auch für ein paar Konzerte nach Deutschland.

Mestizo ist eine Mischung aus traditioneller Musik und den Einflüssen, die z.B. von arabischen oder afrikanischen EinwandererInnen in Städte wie Paris oder Madrid gebracht wurden. Klassische lateinamerikanische Rhythmen wie Flamenco oder Rumba stehen dabei neben Ska, Reggae oder HipHop und gesungen wird im Falle Amparanoias nicht nur auf spanisch, sondern auch auf französisch, englisch und ein paar Brocken arabisch.

Vielfältiger Mestizo

Einer der zentralen Wegbereiter der Mestizo-Szene ist natürlich Manu Chao und seine ehemalige Band Mano Negra, sein Einfluss ist auch bei Amparanoia erkennbar. Amparo Sanchez lernte Manu Chao im Madrider Künstlerviertel Malasaña kennen, als er dort sein

Soloalbum „Clandestino“ vorbereitete. Die vielen gemeinsamen Auftritte und Jam-Sessions prägten Amparos Stil und ließen sie 1996 die Band Amparanoia gründen. Auf ihrem Debüt „El poder de machin“ zitieren Amparanoia in mehreren Liedern Textzeilen von Mano Negra und spielen unter dem Titel „Buen rollito“ sogar eine Calypso-Version von Manu Chao's „Welcome to Tijuana“.

Während das Debüt-Album noch stark in klassischen lateinamerikanischen Stilen verhaftet ist, hat sich die Musik von Amparanoia in der Folgezeit zunächst in Richtung Punk entwickelt und geht heute verstärkt in Richtung Reggae und Ska. Das letzte Album „Somos viento“ ist zudem stark von den Erfahrungen geprägt, die Amparo während einer ausgedehnten Mexiko-Reise machte. Dort knüpfte sie Kontakte zur zapatistischen Befreiungsbewegung, mit der sie sich nicht nur in den Texten beschäftigt, sondern für die sie auch eine vielbeachtete Fotoausstellung und eine Benefiz-Tour durch Spanien organisiert hat.



Enchilao

Auf ihren Konzerten in Deutschland stellen Amparanoia ihr neues Album „Enchilao“ vor, das seit Anfang Mai im Tonträgerfachhandel feil geboten wird. Am Sonntag, den 18. Mai, kommt die Band nach Bochum in den Bahnhof Langendreer, das Konzert wird von Radio Bonte Koe und dem Bahnhof zusammen organisiert. Entgegen der sonstigen Preispolitik von Radio Bonte Koe liegt der Eintritt bei 8 Euro Vorverkauf bzw. 10 Euro an der Abendkasse – mit dem normalen Eintrittspreis von 6 Euro wäre die hohe Garantiesumme für die Band kaum finanzierbar gewesen. Günstiger als die meisten anderen Konzerte bleibt es dennoch und Amparanoia sind als mitreißende Liveband sicher das Geld wert.

Thilo Machotta

Vom Bücherverbrennen zur Vertreibung Studentische Vertretung im Nationalsozialismus

Im Dezember 1927 wurden die Studentenschaften in Preußen, dem größten Land der Republik, aufgelöst, weil sich zuvor die preußischen StudentInnen in Urabstimmungen der einzelnen Studentenschaften für eine weitere Zusammenarbeit mit den „deutsch-arischen“ Studentenkammern Österreichs und Tschechiens im Dachverband Deutsche Studentenschaft (DSt.) entschieden hatten.

Großdeutscher Antisemitismus war ihnen wichtiger als eine institutionalisierte Interessenvertretung. „Freie Studentenschaften“ führten an den meisten preußischen Hochschulen die Arbeit der aufgelösten Studentenschaften fort, ohne Pflichtbeiträge der StudentInnen und weitestgehend boykottiert von den schwachen linken und republikanischen StudentInnengruppen, doch zumeist weiter unter dem Kürzel ASTA. Und dies insofern zu Recht, als sie die antisemitische Linie ihrer Vorgängereinrichtungen mit großer Resonanz bei den StudentInnen weiterführten. Zahlreiche Studentenschaften stellten in den Jahren nach 1928 die Forderung nach Zugangsbeschränkungen für angehende jüdische StudentInnen auf und unterstützten Kampagnen gegen jüdische DozentInnen. Und auch der Dachverband DSt blieb bestehen, finanziert von den meisten Korporationsverbänden und zumindest zeitweilig den Studentenschaften der Länder Württemberg und Bayern.

... gegen den undeutschen Geist

Die neuen Machthaber in den gerade gleichgeschalteten Ländern konnten 1933 diese StudentInnenvertretungen gut brauchen und führten im April 1933 die verfasste Studentinnenschaft samt Zwangsmitgliedschaft und Pflichtbeiträgen wieder ein – unter gesetzlichem Ausschluss der jüdischen StudentInnen. Ernannte „Führer der Studentenschaft“ und ihr Stab traten an die Stelle der ASTA. Die DSt. wurde als alleinige Vertretung der StudentInnen anerkannt. Zunehmend wurden die Studentenschaften Teil des für den Nationalsozialismus typischen überschaubaren Geflechtes von „zuständigen“ Gliederungen von Partei, Staat und in diesem Fall Hochschulen, in welchem nach ähnlich unüberschaubaren, meist auf einzelne Personen und ihre Netzwerke von Anhängerschaften und Institutionen ausgerichteten, Regeln Führungspositionen geschaffen und vergeben sowie Entscheidungen getroffen wurden.

Einem der Bücherverbrenner von 1933, Gustav Adolf Scheel, gelang es 1936 nach seiner Ernennung zum Reichsstudentenführer, die Ämter der DSt. in Personalunion mit denen des NS-Studentenbundes zu verschmelzen und die Verfasste Studentinnenschaft endgültig mit dem NSDStB zu fusionieren.

Ganz banale Hochschulpolitik ...

Die Mitsprache der StudentInnen in der Universität und Einrichtungen der studentischen Sozialpolitik hatte sich auch die DSt. seit ihren Anfängen auf die Fahnen geschrieben, mit mäßigem Erfolg. Die Studentenwerke waren ihr durch finanzielle Engpässe in den zwanziger Jahren entglitten, und an den Hochschulen der meisten Länder beschränkte sich studentische Mitbestimmung auf die Ausschüsse. Nach der Machtübergabe an die ihr nahestehende NSDAP forderte die DSt. ein Vetorecht bei Berufungen sowie Sitz und Stimme in allen wichtigen Universitätsgremien. Sie erhielt allerdings im April 1933 nur eine beratende Stimme für die Studentenschaften zu studentischen Angelegenheiten im Senat und in den Fakultäten. Doch auch ohne das geforderte Vetorecht konnten die in den Senaten vertretenen StudentInnenführer in der Folgezeit Berufungen mißliebiger Professoren verhindern, in dem sie die Reichsstudentenführung oder andere NS-Institutionen einschalteten.

... die nicht zu trennen ist von ihrem Inhalt: Antisemitismus, völkischer Rassismus, totaler Krieg

Die Forderung der DSt. nach Einfluss auf Berufungen hatte schon zu Zeiten der Republik die klare Zielrichtung, die Berufung jüdischer und politisch mißliebiger ProfessorInnen zu verhindern. Vor allem bei der Vertreibung der jüdischen WissenschaftlerInnen und StudentInnen schufen die Gesetze des NS-Staates jedoch bald Tatsachen, die den Studentenschaften nur noch geringe Betätigungsmöglichkeiten beließen. Zunehmend blieben ihnen nur

noch sogenannte „Halbjuden“ als Gegenstand von Schikanen. Diese von den „arischen StudentInnen“ im alltäglichen Lehrbetrieb zu isolieren, war etwa eine Aufgabe für die Fachschaften.

Auf eigene Initiative und mit Rückendeckung der Behörden nahmen die StudentInnenführungen nicht nur die Bekämpfung des „undeutschen Geistes“. Noch in den Jahren 1933/34 verordnete die DSt. den StudentInnen neben politischen Schulungsveranstaltungen, zwangsweisem Sport und paramilitärischem Training einen zunächst zehnwöchigen, später sechsmonatigen Arbeitsdienst, ohne den eine Rückmeldung bzw. Einschreibung nicht möglich war. Der Versuch, die Erstsemester zu kasernieren, scheiterte allerdings 1934 an der mangelnden Unterstützung des neugeschaffenen Reichserziehungsministeriums und konnte auch in der Folgezeit nicht vollständig durchgesetzt werden. Auf Aufforderung des SS-Reichsführers Himmler machte die Reichsstudentenführung es 1939 den StudentInnen gar zur generellen Pflicht, als ErntehelferInnen als Ersatz für die polnischen Landarbeiter zur Verfügung zu stehen. Im Verlauf des Krieges wurde die Studentenführung die StudentInnen zu weiteren „Einsätzen“ heran, beginnend mit einer 1940 verkündeten Dienstpflicht für mindestens acht Arbeitsstunden im Monat in den ersten drei Semestern. Die Entlohnung strich dabei die DSt. ein. Im Sommer des gleichen Jahres begann der „Ferienersatz Ost“ in dessen Rahmen in den nächsten Jahren StudentInnen in den annektierten Teilen Polens deutsche SiedlerInnen unterstützten, die dort die Häuser und Gehöfte vertriebener Polen bezogen hatten. Im Jahre 1941 folgten weitere und längere Verpflichtungen zu Arbeiten in der Rüstungsindustrie.

Protest ohne Dissidenz

Die zahlreichen Zwangsmaßnahmen der StudentInnenführungen, die Schulungsveranstaltungen und „Einsätze“ brachten die StudentInnen immer wieder gegen die studentischen „Bonzen“ auf, bis hin zum offenen Protest in Form von öffentlichen Unmutsausdrücken bei Veranstaltungen, Zerstörung von Plakaten und Ähnlichem. Fast schon der Regelfall war der Versuch, sich durch Krankmeldung oder ähnliche Manöver vor den Pflichtveranstaltungen und „Einsätzen“ zu drücken. Eine grundsätzliche Ablehnung der nationalsozialistischen Politik, der Vertreibung jüdischer StudentInnen und WissenschaftlerInnen, der massenhaften Morde oder des Vernichtungskrieges lässt sich jedoch nicht feststellen. Studentische Widerstandsgruppen blieben zahlenmäßig unbedeutend und isoliert. Wenige Stunden nach der Hinrichtung der Geschwister Scholl feierten hunderte von StudentInnen im Audimax der Münchner Uni den Hausmeister, der die AntifaschistInnen denunziert hatte.

ak-antifa des fzs

Mittwoch, 14. Mai

Kundgebung aus Anlass des ersten öffentlichen Vortrags von M. Yilmaz
17.00 Uhr, „Haus der Freunde der RUB“, Stiepel Str. 129

Rechtspopulismus in Europa
Eine neue Rechte verbindet Neoliberalismus mit Sicherheitsdiskurs, Rassismus und Standortnationalismus. Entstanden aus den skandinavischen „Fortschrittsparteien“ hat sich eine Rechte etabliert, die mit dem Schlagwort des Rechtspopulismus belegt wird. Eine Bewegung jenseits des Faschismus? Was kennzeichnet den Begriff des Rechtspopulismus?
19.00 Uhr, Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliustr. 108, Düsseldorf

„Eyes of the Rainbow - Die Augen des Regenbogens“

Film und Diskussion über Assaga Shakur, Symbolfigur des afroamerikanischen Widerstands
19.00 Uhr, Kino Endstation, Wallbaumweg

Donnerstag, 15. Mai

Eröffnung des 13. Internationalen Bochumer Videofestivals (bis 17.5.)

17.00 Uhr, Musisches Zentrum, Ruhr-Universität

Demonstration gegen die Gastprofessur von M. Yilmaz,
17.30 Uhr, Treffpunkt Husemannplatz

Freitag, 16. Mai

VVN-BdA lädt ein:
Ulla Jelpke: „Gewalt als Mittel der Politik“

19.30 Uhr, Simphon, Poststraße 43

Samstag, 17. Mai

Gcina Mhlophe mit ihrem neuen Programm „Chanting the bridges“ (Lesung und Musik)

20.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Halle

Sonntag, 18. Mai

Bochum in der NS-Zeit. Antifaschistischer Stadtrundgang mit Klaus Kunold, VVN-BdA, in Kooperation mit der VHS (3,50 EUR)
14.00 bis 16.15 Uhr, Treffpunkt Glocke, am Rathaus

Die Bewegung der Landlosen in Brasilien

16.00 Uhr, Kana-Suppenküche, Mallinckrodtstr. 114, 44145 Dortmund

Montag, 19. Mai

Karawane-Gruppe Bochum:

Aktueller Bericht über die Probleme von Flüchtlingen in Deutschland. Informations- und Diskussionsveranstaltung (mit Videofilm)
18.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

10 Jahre Solingen

Am 25.05.1993 verübten Neonazis einen Anschlag auf ein von MigrantInnen bewohntes Haus in Solingen. Bei diesem Anschlag verbrannten 5 Menschen. Medien und PolitikerInnen, die in der sogenannten Asyldebatte gegen MigrantInnen und AsylbewerberInnen gehetzt und das Asylrecht abgeschaft hatten, heuchelten Betroffenheit. Die Antifa erlebte einen ihrer Mobilisierungshöhepunkte. Infoveranstaltung und Film über Hintergründe und Reaktionen auf den Anschlag.
19.00 Uhr, Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliustr. 108, Düsseldorf

Dienstag, 20. Mai

Feministische Interventionen in die Debatte um Krieg und Frieden in der Weltpolitik.

Referentin: Cilja Harders
19.00 Uhr, Euro-Eck (Uni-Center, Bochum)



Scheiße auf Schienen II

Zum Tode von Johannes Agnoli Requiem für einen Staatsfeind

Am 4. Mai verstarb Johannes Agnoli im Alter von 78 Jahren in Lucca/Italien. Von 1967 bis 1990 war er Professor für Politologie an der Freien Universität Berlin. Mit Agnoli verliert nicht nur die Linke einen leibhaftigen „Klassiker“, der fortan neben anderen ehrwürdigen Namen sein Geisterdasein in Bibliotheken und auf Wochenendseminaren fristen wird. Besäße die an sich schon traurige Wissenschaft von der Politik etwas vom Geist, den Agnoli ihr zeitweise beizubringen vermochte, hätte auch sie Grund zu weinen. Ein kurzer Nachruf auf den letzten Denker dieses Fachs.

Mit der Transformation der Demokratie wurde Agnoli 1967 zu einem der prominentesten Intellektuellen der Neuen Linken. Unsterblich beliebt wurde er als Dialektiker im altüberlieferten Wortsinn: als jemand, der zu denken, zu reden, zu überzeugen und sogar zu unterhalten verstand, was vor der Erfindung der danach benannten Medien einmal zu Recht als Kunst galt. Sein persönliches Motto beschrieb er in Anlehnung an Lenins Wort von der Geduld und Theorie, die ein Revolutionär in nicht-revolutionären Zeiten brauche, als Geduld und Ironie. Schon diese Eigenschaft hebt ihn erfreulich ab von vielen lästigen Vereinsritualen der Linken, die den Ernst der Lage allzu oft mit der Obligation zur eigenen Verbiebung verwechseln. Wie ernst es Agnoli mit seiner Kritik von Staat und Kapital war, davon kündet vor allem sein Witz, gegen den die feierlichen Erklärungen und Resolutionen der Bewegung sich in der Tat lächerlich ausnehmen.

In seiner „Italienischen Reise“ beschreibt Goethe, wie moralisch heilsam es ihm gewesen sei, „unter einem ganz sinnlichen Volke zu leben“. Dass der gebürtige Italiener Agnoli das so gelobte Land als Kriegsgefangener verließ, um ausgerechnet an das unsinnlichste und unsinnigste Volk auf Erden zu geraten, war ein Segen vielleicht nicht für ihn, aber ganz sicher für die deutsche Linke, deren einschlägigen

Bildungsweg er nach dem Zweiten Weltkrieg durchlief, um sie bald eines Besseren zu belehren. Nach Aufenthalt u.a. in Tübingen, Köln und sogar in der SPD (die ihn 1961 ausschloss) kam Agnoli nach Westberlin, wo er den Republikanischen Club gründete, einen durch die spätere Protestbewegung zu Ehren gekommenen Diskussionszirkel.

Dass der erklärte Staatsfeind schließlich im Dienst des Staates politische Wissenschaft lehrte, hatte in diesem Fall allein mit List der Vernunft, nichts mit jenem dümmlichen Opportunismus zu tun, den sich andere, nachdem sie auch gedanklich in diesem Staat angekommen waren, als Marsch durch die Institution in ihre Biografien schreiben ließen. Wer sich in die Macht begibt, pflegte Agnoli zu sagen, wird darin glücklich. Im Unterschied zu vielen seiner ehemaligen Genossinnen und Genossen war er selbst zwar ungemein fröhlich, aber keineswegs glücklich: Sein Ziel war es nie, Außenminister, Showmaster oder nur Professor für Politologie zu werden, sondern den Staat zu stürzen. Daran ist er leider bis zuletzt gescheitert.

In seiner Eigenschaft als Staatsfeind – als Feind nicht eines bestimmten Staates, sondern der Institution Staat, wie sie die bürgerliche Gesellschaft hervorgebracht und selbst noch auf den Staat gewordenen Sozialismus übertragen hat – ist Agnoli zweifellos Anarchist gewesen. Gegen dieses Etikett hat er sich selbst nie gewehrt, wenn es darum ging, die auch unter Linken verbreitete Staatsverliebtheit als aussichtslose Anbänderei zu desavouieren. Dazu musste man aber zunächst einmal eine Vorstellung davon haben, was Staat überhaupt ist. Als Staatstheoretiker, der nicht nur zerstören, sondern auch wissen wollte, was da zerstört werden muss, ist Agnoli andererseits zugleich Marxist gewesen und Beweis dafür, dass die Marx'sche Theorie keine Wissenschaft von einem zu errichtenden Ameisenstaat, wie der parteiübliche Marxismus und dessen liberaler Gegenentwurf glauben machen, sondern tatsächlich der bessere Anarchismus ist. Der neu gegründeten Rifondazione Comunista

versagte Agnoli zuletzt die Mitarbeit mit Hinweis darauf, dass er für parlamentarische Politik nicht zur Verfügung stehe. Diese Auffassung hat er nicht nur stets beibehalten, er konnte sie auch in unwiderstehlicher Form mitteilen.

Bei seinen Auftritten galt die Regel: Wer nach dreißig Minuten kein Kommunist ist, hat weder Herz noch Verstand. Mit Agnoli verliert die Linke auch einen ausgezeichneten Propagandisten, dessen Stärke es war, gar nicht als Propagandist, sondern als großer Erzähler in Erscheinung zu treten, der das Publikum nicht einschläfern oder einschüchtern wollte und ihm doch die Wahl nicht schwer machte. Hier wurde man entweder für die Sache selbst, wie Agnoli das mit Hegel nannte, kindlich begeistert oder aber kindisch wie die Leute, die angeblich erwachsen geworden sind und längst an viel schlimmere Märchen glauben.

Zu hören bekommen wird man von Johannes Agnoli leider nichts mehr. Dem Freiburger Ca ira-Verlag ist es allerdings zu danken, dass wenigstens Agnolis Schriften weiterhin zugänglich sind. Die bisher auf sechs Bände angelegte Gesamtausgabe umfasst neben Klassikern wie „Der Staat des Kapitals“ und „Die Transformation der Demokratie“, die in älteren Editionen noch gelegentlich antiquarisch zu haben sind, zahlreiche kleinere Arbeiten, Aufsätze und Reden, darunter auch eine Nachschrift von Tonbandaufzeichnungen seiner Berliner Abschiedsvorlesung, die unter dem programmatischen Titel „Subversive Theorie“ der Nachwelt glücklicherweise erhalten geblieben ist.

Christoph Hesse

Die Gesammelten Schriften von Johannes Agnoli im Ca ira-Verlag, Freiburg i.Br.:
Bd. 1: Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik (1990)
Bd. 2: Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik (1995)
Bd. 3: Subversive Theorie. „Die Sache selbst“ und ihre Geschichte (1996)
Bd. 4: Faschismus ohne Revision (1997)
Bd. 5: 1968 und die Folgen (1998)
Bd. 6: Politik und Geschichte. Schriften zur Theorie (2001)
Außerdem: Christoph Burgmer: Das negative Potential. Gespräche mit Johannes Agnoli (2002)

Allerlei Unmut hat die Umstellung der Bahnpreise zu Beginn dieses Jahres eher bei den üblichen Verdächtigen (Bildzeitung, profilierungssüchtige PolitikerInnen, Helmut Markwort etc.) ausgelöst als bei denkenden Menschen. Einen faustdicken Skandal hat die Bahn AG allerdings gut in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) versteckt.

Bislang nämlich hatte man von einer überraschenden Offenheit der Bahn alternativen Lebensformen gegenüber profitieren können. Verbilligte BahnCards für PartnerInnen gab es, so die alte Regelung, für Ehepartner oder "einen Lebenspartner (gleich welchen Geschlechts), der mit dem Inhaber einer [Hauptkarte] in einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft nachweislich zusammenlebt." Art des Nachweises: "Vorlage der Personalausweise, die die gemeinsame Wohnung (Hauptwohnsitz belegen)." Diese sympathische und überraschend einfache Regelung funktionierte tatsächlich und führte vermutlich zu zahlreichen Coming-Outs vor SchalterbeamtenInnen.

Nun ist zwar die PartnerInnen-Karte für die neue BahnCard, wie in der Werbung groß herausgestellt, billiger geworden. Dass sich aber die Bedingungen für deren Erwerb drastisch verschärft haben, dürften die meisten wohl erst beim Gang zum Schalter mitbekommen. In den neuen AGB steht nämlich, man glaubt es kaum: "Ehe- und Lebenspartnern wird bei Nachweis eines gemeinsamen Hauptwohnsitzes eine BahnCard (Zusatzkarte) ausgestellt, sofern mindestens ein Kind bis einschließlich 17 Jahren im Haushalt lebt und eine Kindergeldbescheinigung vorgelegt wird." Mit dieser haarsträubenden Regelung werden nicht nur alle Paare mit älteren Kindern zu Nicht-Ehe- und LebenspartnerInnen degradiert, sondern natürlich auch gleichgeschlechtliche Paare, bei denen eine Adoption sich erfahrungsgemäß schwierig gestaltet. Ein weiterer Grund, Mehldorn zu schassen – vielleicht sollte man dem in Lobbypolitik erfahrenen Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) einmal einen Tipp geben?

